Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Leben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M. durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Chiffreanzeigen 40 Pf.

Nr. 196 | Dresden, Dienstag den 23. August 1921 | 32. Jahrg.

Oberschlesien und Völkerbund

Kein Mensch in Europa hat das Resultat erwartet, das uns der Oberste Rat in Paris schließlich bescherte. Den Völkerbund hatten die Zeitungsschreiber diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans vor einigen Wochen bereits für erledigt erklärt, weil Harding sich für ihn nicht begeistern konnte. Und nun auf einmal wird er zum Schiedsrichter eines Zeitproblems, denn das ist die oberschlesische Frage. Wichtig ist, daß Lloyd George sowohl wie Briand das Resultat der Beratungen des Völkerbundrates als bindend betrachten. Wichtig ist auch, daß der Oberste Rat dem Völkerbundrat für seine Beratungen und Untersuchungen völlig freie Hand gegeben hat. Vielleicht wird sich der Völkerbundrat mit dem bereits vorliegenden Material begnügen. Möglich ist aber auch, daß er sich die Gefahren vergegenwärtigt, die sich aus einer allzu militärischen Zerreißung des Industriegebietes ergeben müssen. Wohl darf Deutschland mit Recht das gesamte oberschlesische Gebiet für sich beanspruchen, denn eine loyale Auslegung des Sinnes der Abstimmung muß ergeben, daß es sich bei der Abstimmung nur um die Frage handelte: soll Oberschlesien zu Deutschland oder zu Polen kommen. Die Antwort war: Zu Deutschland! Aber wenn diese loyale Schlußfolgerung aus dem Abstimmungsergebnis nicht erfolgt, dann muß doch unter allen Umständen das Industriegebiet soweit als möglich intakt und bei Deutschland bleiben; denn mit Deutschland kann aus dem Industriegebiet wirtschaftlich etwas werden. Jeder Tag bestätigt aufs neue diese Tatsache. Sorben schildert in der Handelszeitung des Berliner Tageblatts der Direktor der oberschlesischen Eisenindustrie-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Dr. Freund, die fürchterlichen Folgen der Verschleppung der Entscheidung für die oberschlesische Wirtschaft und sagt:

Die oberschlesische Industrie mußte sich seit zwei Jahrzehnten als Verfeinerungsindustrie entwickeln und dazu brauchte sie die ersten Fachleute und Spezialisten, geschulte Meister und Facharbeiter, die aus den hochentwickelten Industriezentren Deutschlands kamen. Die polnischen Verfolgungen haben einen großen Teil dieser unentbehrlichen Hilfskräfte verjagt und solange die Unsicherheit über das Schicksal Oberschlesiens besteht, kehren die Abgewanderten nicht zurück. Ohne Fachleute und Spezialisten ist jedoch an einen Fortschritt der Verfeinerungsindustrie nicht zu denken.

Für Deutschland ist es eine große Genugtuung, daß die Streitfrage vor das Forum des Völkerbundes kommt; denn der Gedanke des Völkerbundes wurde in Deutschland trotz der Brutalität des Versailler Friedens gepflegt und gefördert. Gewiß, der Geist, der auf der Haager Konferenz Deutschland so schwer kompromittierte und damals den Grund für die moralische Einkreisung Deutschlands legte, der Gedanke: Macht geht vor Recht! ist auch heute noch in Deutschland lebendig. Kürzlich erst zitierte die Kreuzzeitung einige Ausführungen aus einem Artikel „Die Moral der Macht" von Dr. Paul Ostwald, Berlin, in der Zeitschrift Die Krone. Ostwald sagt: „In der Politik heißt es und wird es immer heißen: wo die Macht ist, da ist das Recht, und wer machtlos ist, hat unrecht. Es wird Zeit, daß wir das endlich begreifen: .... England ist groß und mächtig geworden durch seinen Grundsatz: „Rigth or wrong my country". Die moralische Rechtfertigung dieses Satzes liegt eben in nichts anderm als in dem gewaltigen Erfolge."

Das alte Lied der Erfolgsanbeter. In ihre Kopfe dringt nie die Weisheit eines Ibsen, der bei einem Blick auf Karl von Schweden, den berühmten „Sultan Eisenkopf", von der Sterilität des Erfolgs und der Fruchtbarkeit des Mißerfolges gesprochen hat. Erfolgsanbetern ist der tiefere Sinn der Geschichte verschlossen. Erfolgsanbeter sehen auch nicht, daß alles, was sich jetzt zwischen Paris, London und Neuyork abspielt, gerade auf die Sterilität der großen „Erfolge" des Versailler Friedens hinweist. Jeden Tag wird der Bankerott des Machtglaubens und der Machtgläubiger offenkundiger.

Von den Götzendienern der Gewalt und Macht ist für den Völkerbundgedanken nichts zu erwarten. Dieser hat seinen besten Freund in der sozialistischen Arbeiterschaft, der Karl Marx in der Inauguraladresse der Internationale die Pflicht mit auf den Weg gab, die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes zu verkünden, die ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln, als auch für den Verkehr der Nationen die obersten Gesetze sein sollten. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen. Ueberstaatliche Organisationen, internationale Schiedsgerichte und allgemeine Abrüstung sind aus bloßen Utopien unmittelbar praktische und notwendige politische Kampfziele geworden.

Recht geht vor Macht. Uebereinstimmung von Staatsmoral und Privatmoral, das sind die beiden Gedanken, auf denen der Gedanke des Völkerbundes ruht. Verleugnet der Völkerbundrat nicht selbst das Wesen des Völkerbundgedankens bei der Lösung der oberschlesischen Frage, dann ist Europa einen Schritt vorwärts gekommen und braucht nicht zu fürchten, hinter dem Problem des Stillen Ozeans, des neuen Weltzentrums, hoffnungs- und zukunftslos zu versinken.

Die Ungarn in Fünfkirchen

Budapest, 22. August. Laut offiziellen Berichten ist die **ungarische Gendarmerie unter dem Jubel der Bevölkerung (!!!) in Fünfkirchen eingerückt.**

Mit welcher Sehnsucht die Bevölkerung, besonders die sozialistische Arbeiterschaft, die Ankunft der Horthytruppen erwartete, dafür zeugen am deutlichsten die folgenden Meldungen:

Fünfkirchen, 20. August. Die jugoslawischen Besatzungstruppen marschierten heute aus der Stadt ab. Der serbische Regierungskommissar Rajics erließ gestern einen Aufruf, der die Bevölkerung von Baranya zur Ablieferung der Waffen auffordert. Da unter diesen Umständen ein bewaffneter Widerstand gegen die Uebermacht der ungarischen Truppen aussichtslos ist und nur zu nutzlosem Blutvergießen sowie zu Vergeltungsmaßnahmen führen könnte, hat auf Anraten Bela Linders das Exekutivkomitee beschlossen, den Kampf aufzugeben. Gleichzeitig wurde die südslawische Regierung ersucht, der Bevölkerung des zu räumenden Gebietes die Flucht zu ermöglichen und ein Asylrecht zu gewähren. Die Massenflucht der Arbeiterschaft hat bereits eingesetzt. Kommissar Rajics hat zu diesem Zwecke mehrere Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt, die jedoch bei weitem nicht ausreichen, um den Strom der Flüchtlinge zu bewältigen. Es spielen sich daher auf dem Bahnhof und auf den Landstraßen ergreifende Szenen ab. Tausende von Bergarbeitern, die seit Generationen im Gebiet ansässig sind, verlassen mit Hab und Gut und mit ihren Familien ihre Wohnstätten. Da nur wenige Bergleute zu bleiben gedenken, stehen die Gruben still und es droht dem Komitat eine wirtschaftliche Katastrophe.

•

Belgrad, 20. August. Die Räumung Fünfkirchens hat heute begonnen. Die Bevölkerung wartet in großen Massen auf die Uebersiedlung nach Jugoslawien. Ueber 1000 Personen sind bereits abgereist. Die jugoslawischen Behörden werden das Gebiet von Fünfkirchen am 22. dieses Monats übergeben.

•

Eine Proklamation der Fünfkirchner Regierung

Das Exekutivkomitee von Baranya veröffentlicht eine Proklamation an die internationale Arbeiterschaft, in der es heißt:

Baranya ist die kleine ungarische Insel, in der dank der Okkupation durch die jugoslawischen Truppen die junge ungarische Demokratie der Oktoberrevolution wieder Fuß fassen konnte. Diese kleine demokratische Insel, in der die Gesetze der ungarischen Volksrepublik in Kraft sind, soll nunmehr an Horthy-Ungarn, das Land der Willkür und des Terrors, ausgeliefert werden. In höchster Not wenden wir uns im Namen des werktätigen Volkes des Baranyagebietes mit vollem Vertrauen an die internationalen sozialistischen Parteien mit der Bitte um Schutz und Unterstützung. Das Proletariat, das im vorigen Jahre anläßlich des über Ungarn verhängten Boykotts diese Aktion im aufopferndster Weise unterstützte, darf heute nicht teilnahmloser Zuschauer sein. Der Augenblick ist gekommen, wo ihr zur Befreiung eurer Brüder in Ungarn in erfolgreichster Weise beitragen, den Frieden Mitteleuropas sichern und der Reaktion Einhalt gebieten könnt. Ein eisern Protest muß fordern mit uns die Entfernung Gerlachs und seiner Spießgesellen.

•

Auflösung der ungarischen republikanischen Partei

Budapest, 21. August. Der Minister des Innern erläßt eine Verordnung, durch die die ungarische republikanische Partei aufgelöst und ihr jede Tätigkeit verboten wird. In der Begründung wird angeführt, daß die Partei gesetzwidrige Ziele verfolge, eine die Grundlagen der ungarischen Verfassung gefährdende Organisation habe und die öffentliche Ordnung verletze und gefährde.

Ein nationaler Parteikonvent in Dublin

London, 22. August. Der Star meldet, daß die Sinnfeiner für morgen einen nationalen Konvent der Parteiorganisationen nach Dublin einberufen haben, um das Angebot der britischen Regierung an Irland zu erörtern. Das bedeutet nach Ansicht des Blattes, daß das nationale Parlament die Verantwortung für die Annahme oder Ablehnung der Bedingungen Lloyd Georges nicht übernehmen, sondern der großen Masse der Partei die Entscheidung überlassen wolle. Man glaubt, daß die Aussichten auf eine Regelung durch diesen neuen Schritt gebessert haben. Die Geheimsitzung des Sinnfeinparlaments, die am Freitag in Dublin begonnen hatte, wurde heute fortgesetzt.

•

Bombenanschlag in Belfast

London, 22. August. Reuter Association meldet, daß gestern mittag eine Bombe in die Throstlestraße von Belfast geschleudert worden ist, die hauptsächlich von Katholiken bewohnt ist. Zum Augenblick der Explosion befanden sich fast ausschließlich spielende Kinder in der Straße. Ein zehnjähriges Mädchen wurde getötet, vier Kinder und zwei Männer wurden verstümmelt. Der Täter ist entkommen.

•

Schwere Anklagen sind ferner von Offizieren der irischen republikanischen Armee wegen Verletzungen gegen den Waffenstillstand seitens der englischen Armee erhoben worden.

In Ballyville in der Grafschaft Cork feuerte eine Anzahl britischer Offiziere von einem Militärautomobil sieben Revolverschüsse auf einen irischen Soldaten, der auf der Landstraße radelte.

In Limerick wurde die irische Flagge heruntergerissen und Zivilisten so unbarmherzig geschlagen, bis sie, aus vielen Wunden blutend, zusammenbrachen.

Im Dorfe Upperchurch, in der Grafschaft Tipperary, feuerten englische Truppen, die auf einem Militärautomobil durch die Straßen fuhren, willkürlich die Straßen entlang.

In Dereulin feuerten Truppen von einem Militärautomobil aus Schüsse auf eine Menge, die die Kirche nach einer Messe verließ.

Unbeschreibliche Verhältnisse herrschen; Bomben werden auf offenen Straßen angehalten und durchsucht, und die englische Polizei trug offen und gegen die Waffenstillstandsbedingungen ihre Waffen. Dies sind wenige Fälle von den vielen, die in Irland veröffentlicht und gegen die offizielle Klage erhoben worden ist.

Der Friede mit Amerika

Eigene Drahtmeldung

London, 23. August. Aus Washington wird berichtet, daß der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland von der amerikanischen Regierung in kürzester Frist beschlossen sein wird. Die New York World berichtet, daß dieser Vertrag, der in der Ausarbeitung begriffen ist, die Frage der Verantwortlichkeit am Kriege nicht erwähnt. Die meisten Bestimmungen dieses Dokuments laufen auf den Abschluß eines Handelsvertrags hinaus. Die New Yorker Times meldet, daß Staatssekretär Hughes alle notwendigen Vereinbarungen getroffen habe, damit der Handelsvertrag sofort abgeschlossen werden kann.

Verstärkung der Ententebesatzung in Oberschlesien

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 23. August. Wie wir erfahren, werden neue Ententetruppenverstärkungen nach Oberschlesien gesandt werden, und zwar werden von Mainz vom 24. bis 28. August täglich in vier Zügen zwei englische Bataillone und eine französische Brigade nach Oberschlesien befördert werden.

Japans Vertreter hat freie Hand

Paris, 22. August. Vicomte Ishii, der Vorsitzende des Völkerbundrates, wird Donnerstag in Genf erwartet.

Der Ententevertreter in Genf teilt mit, daß die Vertreter Japans im Obersten Rat sowie im Völkerbundrate sehr überrascht waren über die Art und Weise, wie die Stellungnahme Japans angesichts der oberschlesischen Frage beurteilt wurde. Sie scheinen Wert darauf zu legen, daß am Vorabend der Tagung des Völkerbundrates, die in Genf stattfinden wird, keinerlei Mißverständnis in dieser Hinsicht bestehen und vom seiner der beiden betreffenden Parteien ausgebeutet werden kann. Man bereitet vor allem, daß der japanische Vertreter im Obersten Rat, Baron Hayashi, eifen für eine der sich gegenüberstehenden Auffassungen Partei ergriffen habe. Die japanische Vertretung werde in den Beratungen über die oberschlesische Frage vollständige Urteilsfreiheit haben. Weder Baron Hayashi, noch Vicomte Ishii seien irgendwie durch Anweisungen ihrer Regierung gebunden. Die japanische Regierung hege nur den einen Wunsch, daß die Streitfrage in gerechter und billiger Weise gelöst werde. Es steht also fest, so wird zum Schluß gesagt, daß der japanische Vertreter als Mitglied und Vorsitzender des Völkerbundrates in vollkommener Unabhängigkeit unparteiisch sich an den Beratungen in Genf beteiligen wird.

Reichstagszusammentritt am 27. September

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 23. August. Der Reichstagspräsident hat, wie wir erfahren, nach Fühlungnahme mit den Fraktionen den Wiederzusammentritt des Reichstages, der für den 6. September vorgesehen war, auf den 27. September verschoben. An eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses wird, wie uns zuverlässig versichert wird, vorläufig nicht gedacht.

Zu den Wiederaufbauverhandlungen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 23. August. Den neuen Besprechungen des Ministers Rathenau mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur in Wiesbaden wird, wie wir erfahren, auch der Reichskommissar Dr. Gutgenheimer beiwohnen, der bereits nach Wiesbaden abgereist ist. Rathenau wird mit einem Stabe technischer Beamten am Donnerstag nach Wiesbaden fahren.

Beschlagnahmte Jagden für französische Offiziere

Koblenz, 23. August. Nach einer Meldung der Koblenzer Volkszeitung beschlagnahmte die französische Militärbehörde einige Jagden im Rheinbesitzen, hauptsächlich in den Gemarken Kaiserbeim und Niederbeim. Die Jagden haben lediglich den französischen Offizieren zur Ausübung der Jagd zu verpachten. Der Einbruch der Jagdpächter bei der Interalliierten Rheinlandkommission hat daher keinerlei Erfolg gehabt. Die französischen Offiziere haben bereits mit dem Abschuß der in diesem Jahre besonders zahlreichen Hühner- und Hasenbestände begonnen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210823/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG